

I Erläuterungen

Voraussetzungen gemäß KCGO und Abiturerlass in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung

Standardbezug

Die nachfolgend genannten Kompetenzbereiche und Einzelstandards sind für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsam.

Analysekompetenz

- Analysefragen unter Verwendung von Fachkategorien strukturiert bearbeiten (A3)
- den Wandel von Problemen und Konflikten darstellen (A11)

Urteilskompetenz

- eigene Entscheidungen argumentativ begründen (U5)
- Entscheidungen institutionalisierter Akteure kriteriengeleitet überprüfen und bewerten (U11)

Darüber hinaus können weitere, hier nicht explizit benannte Einzelstandards für die Bearbeitung der Aufgabe nachrangig bedeutsam sein, zumal die Kompetenzbereiche in engem Bezug zueinander stehen. Die Operationalisierung des Standardbezugs erfolgt in Abschnitt II.

Inhaltlicher Bezug

Die Aufgabe bezieht sich auf das Themenfeld *Strukturwandel der Weltwirtschaft als Herausforderung ökonomischer Globalisierung* (Q3.2), insbesondere auf die Stichworte *Globalisierung von Unternehmen und Produktionsprozessen (Veränderung internationaler Arbeitsteilung, Standortfaktoren und Standortwettbewerb)* und *exemplarische Auseinandersetzung mit einer der Kontroversen um die politische Gestaltung der Weltwirtschaftsordnung (z.B. Handelspolitik der WTO zwischen Liberalisierung und Regulierung [...])*.

Der inhaltlich kursübergreifende Bezug richtet sich auf das Themenfeld *Nachhaltiges Wachstum und fairer Wettbewerb – Herausforderungen wirtschaftlicher Ordnungspolitik* (Q2.2), insbesondere auf die Stichworte *Wettbewerb in unterschiedlichen Marktformen, wirtschaftliche Konzentrationsprozesse und Wettbewerbspolitik der Europäischen Union*.

II Lösungshinweise

In den nachfolgenden Lösungshinweisen sind alle wesentlichen Gesichtspunkte, die bei der Bearbeitung der einzelnen Aufgaben zu berücksichtigen sind, konkret genannt und diejenigen Lösungswege aufgezeigt, welche die Prüflinge erfahrungsgemäß einschlagen werden. Lösungswege, die von den vorgegebenen abweichen, aber als gleichwertig betrachtet werden können, sind ebenso zu akzeptieren.

Aufgabe 1

In einer Einleitung sollen Autor, Titel, Textsorte, Erscheinungsjahr, das Thema und ggf. der Adressat genannt werden: In der Debatte über Renationalisierung stellt David Böcking in seinem Text „Holt die Industrie ihre Produktion zurück nach Deutschland?“, welcher auf [spiegel.de](https://www.spiegel.de) am 28.12.2020 veröffentlicht wurde, die Frage nach einer Produktionsverlagerung zurück nach Deutschland.

- Böcking nimmt die Situation eines Unternehmers, der zu Beginn der Pandemie unter Lieferengpässe litt, als Einstieg, um auf die internationale Verflechtung von Lieferketten zu rekurrieren.
- Daraus leitet er die Frage ab, ob Teile der hochglobalisierten Industrieproduktion nicht zurück nach Deutschland verlagert werden sollen.
- Als Beispiele führt Böcking die Engpässe aufgrund des Brexits und die problematische Bestellpolitik der EU bezüglich des Covid-Vakzins an.

- Einige Ökonomen seien der Meinung, dass einzelne Produkte im Heimatland produziert werden sollen; dem schlossen sich auch der Bundesverband der pharmazeutischen Industrie an, während andere darauf hinwiesen, dass gefällte Entscheidungen nicht einfach zu revidieren seien.
- Sowohl die Bundeskanzlerin als auch der Präsident des BDI warnten vor einer Renationalisierung, jedoch sei aufgrund der Pandemie deutlich geworden, dass es bei zahlreichen Unternehmen ein Umdenken gegeben habe und regionale Diversifizierung in den Vordergrund rücke.
- Es laufe darauf hinaus, dass versucht werde, Abhängigkeiten von einzelnen Firmen zu reduzieren, denn eine generelle Rückkehr habe große Folgen für die Wirtschaft, da sich das BIP laut einer Prognose auf das Niveau von 1996 sinken würde und die Preise steigen würden.
- Dennoch befürworteten in Frankreich und in Deutschland eine Mehrheit der Bevölkerung bei Medikamenten und Schutzmaterialien eine Produktion in den Heimatländern, auch wenn die Preise dadurch steigen würden.
- Auch die EU-Kommission möchte eine Abhängigkeit im Gesundheitsbereich reduzieren und die Produktion innerhalb der EU fördern.

Aufgabe 2

Zuerst sollen protektionistische Maßnahmen erklärt werden. Als Maßnahmen können unterschiedliche Arten von tarifären und nichttarifären Handelshemmnisse wie Zölle, Einfuhrkontingente, -verbote, regulatorische Maßnahmen, Subventionen genannt werden. Es können in diesem Zusammenhang auch die Ziele der protektionistischen Maßnahmen wie Aufbau neuer, noch nicht wettbewerbsfähiger Industriezweige oder Schutz der Arbeitsplätze angeführt werden.

Die Welthandelsorganisation (WTO) ist eine internationale Organisation, die sich mit der Regelung der weltweiten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen beschäftigt.

Folgende Aufgaben der WTO sollen erläutert werden:

- Durch die Liberalisierung des Welthandels soll eine Anhebung des Lebensstandards und des Real-einkommens erreicht und Vollbeschäftigung ermöglicht werden.
- Zollsenkungen zwischen Handelspartnern sollen ermöglicht werden, um den Handel zwischen allen Mitgliedsländern zu erleichtern.
- Handelshemmnisse aller Art sollen abgebaut werden, um den internationalen Handel zu fördern.
- Bei Handelskonflikten soll für eine effektive Streitschlichtung gesorgt werden.

Folgende Prinzipien sollen erläutert werden:

- Der Grundsatz der Meistbegünstigung (Nichtdiskriminierung) legt fest, dass ein WTO-Mitglied alle Partner im Handel gleich behandeln muss.
- Das Inländerprinzip schreibt vor, dass ausländische Waren und Dienstleistungen nicht anders als solche aus dem Inland behandelt werden dürfen.
- Das Prinzip der Gegenseitigkeit (Reziprozität) drückt aus, dass in den Verhandlungen die jeweiligen Zugeständnisse der Partner ausgewogen sein sollen. Hiervon können die Entwicklungsländer ausgenommen sein.
- Das Prinzip der Liberalisierung beinhaltet den Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen.

Aufgabe 3

Die wichtigste Zielsetzung der EU-Wettbewerbspolitik besteht darin, das ordnungsgemäße Funktionieren des freien EU-Binnenmarktes zu ermöglichen. Dafür stehen fünf Instrumente zur Verfügung:

- Verbot wettbewerbswidriger Vereinbarungen (Kartellverbot)
- Verhinderung des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung
- Kontrolle von Zusammenschlüssen und Übernahmen
- Kontrolle staatlicher Beihilfen
- Liberalisierung bisher verschlossener Märkte

Es kann auf die verschiedenen Organe der EU und deren Aufgabe bezüglich der Wettbewerbspolitik eingegangen werden:

- Die EU-Kommission gewährleistet die ordnungsgemäße Anwendung der Wettbewerbsvorschriften. In diesem Zusammenhang hat sie umfassende Kontroll- und Durchsetzungsbefugnisse.
- Über Wettbewerbsfälle wird vor Gericht verhandelt; es müssen die nationalen Gerichte Fälle an den Gerichtshof verweisen, wenn nicht klar ist, wie die EU-Wettbewerbsvorschriften im Einzelfall auszulegen sind.

Folgende Chancen von staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft können untersucht werden:

- Durch gezielte Eingriffe können bestimmte Branchen gefördert und eine Technologieführerschaft erreicht werden.
- Bestimmte Wirtschaftssektoren werden subventioniert, um im globalisierten Handel wettbewerbsfähig zu bleiben.
- Staatseingriffe können des Weiteren gesellschaftlich unerwünschte Konsequenzen abfedern bzw. auffangen; dies zeigt sich in den Feldern der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.
- Unternehmen wie Großbanken oder Netzbetreiber, die strukturell stark vernetzt sind und deren kurzfristiges, unkontrolliertes Ausscheiden erhebliche negative Auswirkungen auf andere Unternehmen oder die Gesellschaft hätte, können ebenfalls mittels Staatsbeteiligung unterstützt werden.
- Die Corona-Pandemie erfordert staatliche Eingriffe, um negative ökonomische Auswirkungen auf Konsumenten und Unternehmen abzumildern. Dies kann über staatliche Garantien, Zuschüsse sowie Kredite passieren.
- Der Staat kann über direkte Staatsbeteiligungen an Unternehmen die unternehmerischen Tätigkeiten lenken (z.B. Lufthansa). Dies birgt gleichzeitig eine Gefahr, da die Steuerungseffekte sehr groß sein können und die Risiken auf den Steuerzahler übertragen werden.

Folgende Risiken von staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft können untersucht werden:

- Aufgrund möglicher Staatseingriffe können ineffiziente Strukturen konserviert und somit Märkte verzerrt und langfristig negative Struktureffekte ausgelöst werden.
- Auch können sogenannte „Zombieunternehmen“ am Markt gehalten werden, die sonst nicht wettbewerbsfähig wären.
- Damit können höhere Preise, geringere Innovationstätigkeiten und Wettbewerbsverzerrungen eintreten.
- Staatseingriffe sind mit höheren Kosten verbunden, die den Haushalt belasten. Somit besteht die Gefahr zunehmender Verschuldung.
- Die jeweiligen Verfassungen der europäischen Länder schützen das Prinzip der Marktwirtschaft und setzen somit staatlichen Eingriffen Grenzen.

Aufgabe 4

In der Diskussion können folgende Aspekte einfließen, die für eine Renationalisierung der deutschen Lieferketten sprechen:

- Die Corona-Pandemie hat aufgezeigt, wie störanfällig Lieferketten sind, besonders bei Branchen mit starken internationalen Verflechtungen. Bei einer Renationalisierung könnte somit eine Sicherung der Produktion eher gewährleistet werden.
- Besonders stark globalisierte Branchen (z.B. Autos, Maschinenbau und Pharmaindustrie) sind besonders abhängig von funktionierenden Lieferketten, für diese Branchen kann eine Renationalisierung sinnvoll sein, um Abhängigkeiten zu reduzieren.
- Die Transportwege würden sich verkürzen und auch nachhaltiger werden. Zusätzlich können Logistikkosten eingespart werden.
- Die Just-in-time Produktion könnte noch schneller und pünktlicher werden.
- Neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze könnten entstehen und somit mehr Steuereinnahmen generiert werden.
- Somit könnte eine höhere Binnennachfrage entstehen, die Deutschlands Exportabhängigkeit verringern würde.
- Auch die Klimakrise und die Auswirkungen des Ukraine-Krieges können als Argumente für eine stärkere Unabhängigkeit von einzelnen Staaten und autoritären Regimen dienen.

In der Diskussion können folgende Aspekte einfließen, die gegen eine Renationalisierung der deutschen Lieferketten sprechen:

- Eine Verlagerung der Produktion ins Inland kann zu höheren Einkommens- und Wohlstandsverlusten führen. Auch die Innovationskraft könnte darunter leiden.
- Einige Branchen sind stark spezialisiert und können wirtschaftliche Schocks gut abfedern und bleiben weiterhin wettbewerbsfähig; in einer deglobalisierten Welt wäre diese Spezialisierung nicht mehr möglich.
- Die Produktionskosten würden steigen, da die Infrastruktur für die Herstellung von Zwischengütern und Lagerkapazitäten ausgebaut werden müsste.
- Unternehmen müssten ihre Kostenvorteile aufgeben, die die Unternehmen durch die Verlagerung erzeugt haben.
- Mögliche Preissteigerungen könnten die Folge sein, da somit eine Auswahl der weltweit günstigsten Anbieter seltener möglich wäre.
- Deutschland ist stark in internationale Lieferketten eingebunden, dies aufzubrechen kann als unmöglich gesehen werden. Die Interdependenz der Lieferketten zeigt die wechselseitige Abhängigkeit auf, sodass eine einseitige Renationalisierung ökonomisch und politisch nicht umsetzbar wäre.
- Der internationale Handel macht auch das Angebot und die Produktvielfalt internationaler – und das zu niedrigeren Kosten. Ohne die globale Arbeitsteilung wären z.B. Smartphones deutlich teurer, könnten mit technischen Entwicklungen andernorts weniger Schritt halten und wären etwa aufgrund von begrenzten Ressourcenvorkommen in Deutschland nur in geringerer Angebotsvielfalt verfügbar. Denn Vorprodukte und Dienstleistungen werden grenzüberschreitend gehandelt, auch zwischen deutschen Unternehmen und ihren Niederlassungen im Ausland.

Die Diskussion soll zu einer nachvollziehbaren begründeten Bewertung führen.

III Bewertung und Beurteilung

Die Bewertung und Beurteilung erfolgt unter Beachtung der nachfolgenden Vorgaben nach § 33 der Oberstufen- und Abiturverordnung (OAVO) in der jeweils geltenden Fassung. Bei der Bewertung und Beurteilung der sprachlichen Richtigkeit in der deutschen Sprache sind die Bestimmungen des § 9 Abs. 12 Satz 3 OAVO in Verbindung mit Anlage 9b anzuwenden.

Bei der Bewertung und Beurteilung der Übersetzungsleistung in den Fächern Latein und Altgriechisch sind die Bestimmungen des § 9 Abs. 14 OAVO in Verbindung mit Anlage 9c anzuwenden.

Der Fehlerindex ist nach Anlage 9b zu § 9 Abs. 12 OAVO zu berechnen. Für die Ermittlung der Punkte nach Anlage 9a zu § 9 Abs. 12 OAVO sowie Anlage 9c zu § 9 Abs. 14 OAVO wird jeweils der ganzzahlige nicht gerundete Prozentsatz bzw. Fehlerindex zugrunde gelegt.

Für die Bewertung in den modernen Fremdsprachen ist der „Erlass zur Bewertung und Beurteilung von schriftlichen Arbeiten in allen Grund- und Leistungskursen der neu beginnenden und fortgeführten modernen Fremdsprachen in der gymnasialen Oberstufe, dem beruflichen Gymnasium, dem Abendgymnasium und dem Hessenkolleg“ vom 7. August 2020 (ABl. S. 519) zugrunde zu legen. Demnach erfolgt die Bewertung und Beurteilung mit der Maßgabe, dass lediglich bei der Ermittlung des Prüfungsergebnisses (Note) aus Prüfungsteil 1 und 2 gerundet wird.

Darüber hinaus sind die Vorgaben der Erlasse „Hinweise zur Vorbereitung auf die schriftlichen Abiturprüfungen (Abiturerlass)“ und „Durchführungsbestimmungen zum Landesabitur“ in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung zu beachten.

Als Kriterien für die Bewertung und Beurteilung dienen unter Beachtung der Zielsetzung der gymnasialen Oberstufe nach § 1 Abs. 2 OAVO neben dem Inhaltlichen auch die in den Kerncurricula genannten überfachlichen Kompetenzen, insbesondere die Sprachkompetenz und Wissenschaftspropädeutik; dies zeigt sich u.a. in qualitativen Merkmalen wie Strukturierung, Differenziertheit, (fach-)sprachlicher Gestaltung und Schlüssigkeit der Argumentation.

Eine Leistung ist mit **„ausreichend“ (5 Punkten)** zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen grundsätzlich nachgewiesen werden und in

Aufgabe 1

- der Text in Grundzügen treffend zusammengefasst wird,

Aufgabe 2

- ansatzweise protektionistische Maßnahmen erläutert werden,
- in Ansätzen die Aufgaben und Prinzipien der WTO erläutert werden,

Aufgabe 3

- die Zielsetzung der EU-Wettbewerbspolitik in Grundzügen dargestellt und die Chancen sowie die Risiken staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft in Ansätzen untersucht werden,

Aufgabe 4

- ausgehend vom Material ansatzweise diskutiert wird, inwieweit Deutschlands Lieferketten renationalisiert werden sollen und eine eigene Bewertung in Grundzügen erkennbar und begründet ist.

Eine Leistung ist mit **„gut“ (11 Punkten)** zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen weitgehend nachgewiesen werden und in

Aufgabe 1

- der Text strukturiert und verständlich zusammengefasst wird,

Aufgabe 2

- fundiert protektionistische Maßnahmen erläutert werden,
- die Aufgaben und Prinzipien der WTO differenziert erläutert werden,

Aufgabe 3

- die Zielsetzung der EU-Wettbewerbspolitik treffend dargestellt und die Chancen sowie die Risiken staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft differenziert untersucht werden,

Aufgabe 4

- ausgehend vom Material differenziert diskutiert wird, inwieweit Deutschlands Lieferketten renationalisiert werden sollen und eine eigene Bewertung schlüssig begründet ist.

Gewichtung der Aufgaben und Zuordnung der Bewertungseinheiten zu den Anforderungsbereichen

Aufgabe	Bewertungseinheiten in den Anforderungsbereichen			Summe
	AFB I	AFB II	AFB III	
1	20			20
2	5	20		25
3	5	20		25
4			30	30
Summe	30	40	30	100

Die auf die Anforderungsbereiche verteilten Bewertungseinheiten innerhalb der Aufgaben sind als Richtwerte zu verstehen.